

21.04.2026 - 09:00 Uhr

Schweizerischer Baumeisterverband: Bürokratie-Engpass droht: SBV sagt Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative

Zürich (ots) -

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) lehnt die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab, da Zuwanderungskontingente zwangsläufig mehr Bürokratie bedeuten, den Fachkräftemangel verstärken und die für die Schweiz zentralen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU erheblich beeinträchtigen würden. Statt mit einem massiven Ausbau der Bürokratie müssen Probleme wie Wohnraummangel oder überlastete Infrastruktur mit gezielten Investitionen und effizienteren Planungs- und Bewilligungsverfahren angegangen werden.

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) lehnt die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative mit ihrer starren Bevölkerungsobergrenze entschieden ab. Besonders kritisch sieht er den vorgesehenen Systemwechsel hin zu Kontingenten und Höchstzahlen für sämtliche Formen der Einwanderung, wovon insbesondere auch qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland betroffen wären. Zuwanderungskontingente bedeuten zwangsläufig mehr Bürokratie. Unternehmen müssten sich durch aufwendige Bewilligungsverfahren kämpfen und länger auf qualifizierte Mitarbeitende warten. Zu befürchten sind dabei Verteilungskonflikte zwischen Branchen und Regionen, die wahrscheinlich zulasten der Baubranchen ausfallen würden.

Trotz Inländerförderung bleibt Bau auf EU-Fachkräfte angewiesen

Die Schweizer Bauunternehmen legen grossen Wert darauf, Lernende aus der eigenen Region auszubilden sowie langjährige Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen gezielt weiterzubilden. Angesichts des Fachkräftemangels kommt aber auch der Zuwanderung bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für das Bauhauptgewerbe eine zentrale Bedeutung zu, verbessert sie doch die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Der Ausländeranteil auf Schweizer Baustellen liegt trotz grossem Engagement bei der Inländerförderung seit vielen Jahren konstant bei rund zwei Dritteln. Die grosse Mehrheit davon stammt aus der EU, vor allem aus Portugal, Italien, Deutschland, Frankreich und Spanien.

Essenzielle Beziehungen zur EU nicht gefährden

Darüber hinaus birgt die Initiative erhebliche Risiken für die stabilen und für die Schweizer Wirtschaft essenziellen Beziehungen zur EU. Als wichtigster Handelspartner ist die EU eng mit dem Schweizer Arbeitsmarkt und den Wertschöpfungsketten verflochten. Eingriffe in die Personenfreizügigkeit könnten bestehende bilaterale Abkommen unter Druck setzen und die Planungssicherheit für Unternehmen deutlich verschlechtern. Gerade die Bauwirtschaft ist auf verlässliche Rahmenbedingungen, funktionierende Lieferketten und offene Märkte angewiesen.

Investitionen in Wohnraum und Infrastruktur entscheidend

Der SBV lehnt die Initiative ab, weil sie die Symptome bewirtschaftet, aber die Ursachen nicht löst. Wohnungsnot, Stau und überlastete Infrastruktur bekämpft man nicht mit neuen Rekrutierungshürden, sondern mit schnelleren Verfahren, Investitionen und genügend Fachkräften.

Pressekontakt:

Matthias Engel, Mediensprecher SBV
Tel. 058 360 76 35, matthias.engel@baumeister.ch

Jacqueline Theiler, Leiterin Kommunikation SBV
Tel. 058 360 76 42, jacqueline.theiler@baumeister.ch